



Dr. Madeleine Petrovic:

Wir machens besser!

Gemeinsame Ausgabe für Tulln,
St. Andrä - Wördern und Muckendorf



Gesunde Lebensmittel aus einer gesunden Umwelt

Qualitätsmerkmale im Wandel

Lebensmittelproduktion und Ernährungsgewohnheiten sind wie andere Bereiche dem Wandel der Zeit unterworfen. Stand nach den Kriegsjahren die Versorgung der Bevölkerung mit energiereichen Lebensmitteln im Mittelpunkt, geht heute der Trend hin zu sicheren und hochqualitativen Produkten. Neben den objektiven Qualitätsmerkmalen sind heute, mehr denn je zuvor, weitere Faktoren für die KonsumentInnen ausschlaggebend. So rücken die artgerechte Tierhaltung, der restriktive Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden oder der Transportweg immer mehr ins Zentrum bei der Produktwahl.

Ökosoziale Herausforderung

Daher ist es heute Aufgabe der Politik, die Bevölkerung mit gesunden und leistbaren Lebensmitteln ausreichend zu versorgen. Die PrimärerzeugerInnen, sprich BäuerInnen prägen Niederösterreich als Kultur- und Umweltfaktor.

Der Reiz der kultivierten Landschaft bedeutet auch eine große Verantwortung für Boden,

Wasser und Tiere. Das Fördersystem der letzten Jahrzehnte drängte die BäuerInnen in die Situation, dass nur die Erweiterung der Betriebe und die Steigerung der Produktivität das existenzielle Überleben sichern konnte.

Getreide- und Butterberge, sowie die nicht benötigten, jedoch produzierten Kälber ließen sowohl BäuerInnen als auch KonsumentInnen nach Alternativen suchen.

Der Anbau alternativer Pflanzen, wie Teekräuter, oder die Fleischproduktion mit Bio-Zertifikat ist oft mit hohem finanziellen Risiko verbunden. Die „offizielle“ Agrarlobby unterstützt nach wie vor lieber die großen LandwirtInnen, die eher industriell als nachhaltig agieren. Einer Expansion der Biopalette in den Regalen stellt sich die Konzentrierung des Handels auf eine Handvoll Konzerne in Österreich entgegen, da sie die Marktpreise vorgeben.

Der von den Grünen unterstützte Vorschlag von EU-Kommissar Fischler öffnet ein Fenster, um der Überproduktion in Europa einen Riegel vorzuschieben.

Die Förderpolitik der Landwirtschaft muss heute das Ziel der Ökologisierung der Landwirtschaft im Auge haben. Nur das ist Garant



Dr. Helga Krismer, Kandidatin zur Landtagswahl (Listenplatz 3)

für das Überleben der BäuerInnen und der Erhaltung unseres Kulturraums und ermöglicht die Versorgung der Menschen mit gesunden Bio-Lebensmitteln.

Grüne Pendleroffensive!



**LAbg. Mag. Martin Fasan
Verkehrssprecher der Grünen NÖ**

Im Zeitalter der wirtschaftlichen Zentralisierung und der ständig zunehmenden Mobilität ist es selbstverständlich geworden, dass die Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort immer größer wird. Pendeln gehört zum Berufs – Alltag vieler Menschen.

Für die Verkehrspolitik ist es besonders wichtig, ob dies vorrangig mit dem eigenen Auto oder

mit öffentlichen Verkehrsmitteln geschieht. Denn neben dem internationalen LKW – Gütertransit besteht im regelmäßigen Pendlerverkehr zwischen zwei gleichbleibenden Orten die größte Chance für eine Verlagerung vom Auto zu Bahn und/oder Bus. Daher müssen gerade im öffentlichen Personennahverkehr die Angebote drastisch verbessert werden, um die Menschen zum Umsteigen zu bewegen.

Die NÖ – Grünen haben dazu eine Reihe von Vorschlägen gemacht:

Kein Autobahnring sondern ein Schnellbahnring rund um Wien! Die Schienen sind fast vollständig vorhanden, es fehlt nur der Wiederaufbau eine Brücke beim Alberner Hafen. Dadurch werden viele Wege verkürzt, das Umsteigen oft vermieden und der Stau auf der Straße reduziert.

Sanierung statt Stilllegung der Regionalbahnen! Mehr Direktbusse!

Auf direktem Weg aus den Umlandgemeinden zu den Wiener U-Bahn- und Straßenbahn - Endstellen, die keine S-Bahnanschlüsse haben.

Qualitätsoffensive für Bahn und Bus!

Mehr Fahrgastservice, dichtere Fahrpläne, Sitzplatz-Garantie, bessere Familientickets, pünktliche Züge, modernes Wagenmaterial und Preise, die zum Benützen einladen.

Bleibt die Frage nach der Finanzierung. Hier kann nur die Querfinanzierung der LKW – Maut für den Schienenverkehr helfen. Denn wenn man den echten Umstieg will, muss man auch steuernde finanzielle Maßnahmen setzen, um diesen zu ermöglichen.

<http://noe.gruene.at>

Wir Grüne machen's besser



Abg. z. Ltg Mag^a Brigid Weinzinger, die Tullner Spitzenkandidatin GRⁿ Liane Marecsek mit der Spitzenkandidatin der NÖ Grünen zur Landtagswahl Abg. z. NR MMag^a Dr. Madeleine Petrovic

Glaubt man dem Landeshauptmann und seiner Partei, ist Niederösterreich einfach perfekt. Eine Mischung aus den besten Seiten der Toskana, Skandinaviens und Bayerns. Zu verdanken sei dies den unermüdlichen Anstrengungen des Landeshauptmanns, der das Land wie seinen Augapfel hütet.

In der Tat: Niederösterreich ist wunderschön, seine Menschen aktiv und engagiert. Doch auch bei uns gibt es Schattenseiten. Die langjährige Übermacht einer einzigen Partei hat dazu geführt, dass diese das Land als ihr Eigentum betrachtet.

Abweichende Meinungen werden als störend empfunden, Kritik nicht mehr geduldet und vielfach sogar mit Strafe bedroht.

Wie im Fall jener 15 unabhängigen Tierärzte der Fleisch- und Schlachthofkontrolle, die kurz vor Weihnachten durch weisungsgebundene Beamte ersetzt wurden.

Und an den Umweltschutz erinnern sich viele Politiker nur kurz vor Wahlen. Danach sieht die Realität meist traurig aus. Probleme gibt es auch bei den öffentlichen Ver-

kehrsmitteln, die zu teuer sind und deren Qualität oft mangelhaft ist. Und die international anerkannten Top-Produkte bei Essen und Trinken dürfen nicht ein Privileg für

wenige sein. Wenn es um die Umwelt geht - und bei vielen anderen Fragen - kann uns Grünen niemand etwas vormachen. Ohne unser Gespür für Zukunfts-

fragen wäre die Hainburger Au zerstört und das Atomkraftwerk Zwentendorf in Betrieb genommen worden.

Auch so mancher Medikamentenskandal in der Tierhaltung wäre ohne uns Grüne vertuscht worden. Nicht zuletzt wären Gentechnik im Essen und Patente auf Leben längst Realität. Je größer die Macht, desto größer die Gefahr der Einflussnahme. Weil die ÖVP auf Wirtschaftsband und Raiffeisen hören muss, weicht der gute Wille immer öfter dem guten Geschäft.

Wir Grüne hingegen sind nur unserem Gewissen, unserem ökologischen und sozialen Programm sowie den Menschen in Niederösterreich verpflichtet. Das ist besser so. Die kommende Landtagswahl ist eine große Chance für die Grünen - auch wenn das Personenwahlrecht zugunsten des Landeshauptmannes ist - eine Chance, die genützt werden will und ich würde mich freuen, wenn Sie dazu am 31. März ein grünes Zeichen setzen!

Es gibt vieles zu verbessern



v. l. n. r.: Landesgeschäftsführer Thomas Huber, Abg. z. NR MMag^a Dr. Madeleine Petrovic, Abg. z. Ltg Mag. Martin Fasan, Abg. z. Ltg Mag^a Brigid Weinzinger (ab April für NÖ im Nationalrat)



Grünes Teleskop

Personenkult im NÖ. Wahlrecht

Am 30. März finden Landtagswahlen statt, dennoch kann man bei dieser Wahl den Landeshauptmann nicht direkt wählen, auch wenn die ÖVP diesen Eindruck erwecken will. Diesmal entscheiden Sie mit Ihrer Stimme „nur“ über die Zusammensetzung des NÖ. Landtages.

Es kommt allerdings erstmals ein neues Wahlrecht zur Anwendung, bei dem eine Vorzugsstimme für eine Person mehr zählt, als eine Stimme für eine (andere) Partei.

Anscheinend hofft die ÖVP darauf, dass viele WählerInnen zusätzlich zu Ihrem Kreuz für eine andere Partei auch noch „Pröll“ auf den Stimmzettel schreiben, denn diese Stimmen zählen dann für die ÖVP und nicht für die angekreuzte Partei!

Liebe WählerInnen! Lassen Sie sich bitte nicht täuschen.

Wollen Sie die Grünen wählen, dann dürfen Sie keiner Person einer anderen Partei Ihre Vorzugsstimme geben.

Vorzugsstimmen für Madeleine Petrovic und/oder für eine Kandidatin bzw. Kandidaten aus dem Bezirk freuen uns allerdings sehr, und bestätigen uns in unserer Arbeit.

GR Mag. Rainer Patzi

Bezirkskandidatin der Grünen:

Da diese Zeitung erstmals auch in anderen Gemeinden erscheint, möchte ich mich vorstellen: Ich bin 1957 in Zwentendorf geboren und lebe nun schon seit 30 Jahren in Tulln. Mein erster Ehemann erkrankte an Multipler Sklerose und starb nach langem Leiden.

Dadurch wurde ich enorm mit sozialen Problemen und Fragestellungen konfrontiert. Besonders schwierig für mich war, dass der Alltag hauptsächlich auf die Bedürfnisse gesunder Menschen ausgerichtet ist. In dieser Zeit habe ich meinen kranken Mann gepflegt, meinen kleinen Sohn versorgt und bin selbst auch noch arbeiten gegangen.

Diese Lebensphase hat mir gezeigt, dass die Gesellschaft noch viel an Unterstützung für Menschen in Schwierigkeiten zur Verfügung stellen muss. Darin sehe ich auch meine Berufung in meiner politischen Tätigkeit.

Umweltthemen stehen für mich sehr stark in engem Zusammenhang mit sozialen Fragen. Das haben Katastrophen wie das Hochwasser gezeigt. Es hat viele Menschen sowohl finanziell als auch psychisch an den Rand der Existenz gebracht.

In der Umweltpolitik ist es mir ein besonderes Anliegen langfristige Lösungen kurzfristigen Maßnahmen vorzuziehen.

Nur wenn die Natur und Umwelt erhalten werden, sichern wir uns Arbeitsplätze, gesunde Lebensmittel, Freiraum für die Kinder zum Spielen, hohe Lebensqualität und Wohlstand.

Tragen Sie dazu bei, das zu erreichen. Geben Sie uns am 30. März 2003 Ihre Stimme!

Vieles ist gut in unserem Bezirk, einiges sollte jedoch verbessert werden. Das vergangene Hoch-

wasser und der Grundwasseranstieg hat viele Menschen vor unlösbare Probleme gestellt. Die politisch Verantwortlichen müssen jetzt Lehren aus dem Hochwasser ziehen. Denn politische Fehlentscheidungen dürfen nicht auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen werden. Umweltsünden müssen korrigiert und Versäumnisse nachgeholt werden:

⇨ Dazu ist es notwendig, dass sich Fachleute mit allen Gemeinden, allen politischen Parteien an einen Tisch setzen.

⇨ Niemand soll ausgegrenzt werden. Regionales und überregionales Denken ist notwendig. Alle Zeichen von zukünftigen Katastrophen müssen ernstgenommen werden.

⇨ Klimaveränderung! Wir können uns nicht mehr auf ein Jahrhundert- bzw. Jahrtausendhochwasser ausreden. Hochwasserschutzgebiete müssen neu festgelegt werden. Keine Baubewilligungen mehr in Hochwasserschutzgebieten.

⇨ Flüsse müssen revitalisiert werden – das ist ein natürlicher Schutz (keine Kanäle). Errichtung von naturnahen Schutzwasserbecken anstelle von meterhohen Betonwänden oder abgeholzten Uferbereichen.

Liane Marecsek



⇨ Alllasten müssen rasch saniert werden.

⇨ Das Trinkwasser muss gesichert sein

⇨ Klein- und Mittelbetriebe verschwinden zu Gunsten von Fachmarktzentren. Wir setzen auf regionale Konzepte, die die Nahversorgung erhalten und schützen. Dazu muss es aber auch Gesetze geben, die das steuern.

⇨ Ein gut durchdachtes Raumordnungskonzept ist notwendig. Damit nicht die Gemeinden sich gegenseitig ausspielen.

⇨ Die Grünen setzen auf eine Wirtschaftsförderung, die die Umwelt schützt.

⇨ Die Bus- und Bahnverbindungen müssen eine echte Alternative zur Verkehrslawine sein.

⇨ Bahnverkehr nach Wien: kürzere Intervalle in der Nacht, in der Früh zusätzliche Züge, größeres Sitzplatzangebot zu den Verkehrsspitzen,

⇨ Verbesserung der Bus- und Bahnverbindungen im gesamten Bezirk

⇨ Der öffentliche Verkehr muss generell billiger werden!

⇨ Förderung der Bauern bei der Umstellung auf Biolandbau. Konsumentenschutz gegen Genprodukte.

Liane Marecsek

Die Tullner Grünen im Internet:
<http://www.tulln-gruene.at>

DIE GRÜNEN

MUCKENDORF / WIPFING STELLEN SICH VOR !

Im Sommer 2002 haben wir beschlossen, eine grüne Ortsgruppe in Muckendorf / Wipfing zu gründen. Nachdem wir schon

Brigid Weininger und Johannes Scholz (Ortsgruppe Tulln). Schon kurz nach der Gründung der Grünen Muckendorf / Wip-



„Erstgespräch“

lange mit dem Gedanken „geliebäugelt“ haben, kam der endgültige Anstoß, uns politisch zu engagieren – in Muckendorf wurden nicht ersetzbare alte Auwälder großflächig gerodet.

Wir durften wir bereits einen Kandidaten für die Nationalratswahl entsenden, und auch bei der kommenden Landtagswahl in Niederösterreich steht ein Mitglied unserer Ortsgruppe auf der Kandida-



Treffen mit KollegInnen

Darum haben wir beschlossen, alles daranzusetzen, eine möglichst starke Kraft in unserer Gemeinde zu werden, um weitere unverhältnismäßige Eingriffe in die Natur unserer schönen Gemeinde zu verhindern und den Gemeindegürgern unberührte Erholungsgebiete zu bewahren. Natürlich werden wir uns nicht nur mit Umweltthemen beschäftigen, sondern uns auch in anderen Bereichen engagieren, wie zum Beispiel in Frauenfragen oder Tierschutz. Bei der Gründung unserer Ortsgruppe erhielten wir (Renate Reb, Monika Grätzer, Mag. Robert Reb) tatkräftige Unterstützung von

tenliste. Da wir eine junge Gruppierung sind, würden wir uns freuen, wenn wir Interesse an den Grünen Muckendorf / Wipfing geweckt hätten.

**Kontakt: Mag. Robert Reb
(Ortssprecher)
Telefon 02242/72100**



Die traurigen Reste



Zerstört



Erhaltenswert!

Und schon in der Zeitung:
Aus der NÖN:

Grüne formieren sich

NEUE PARTEI / Robert Reb und Team wollen politisches Spektrum in Gemeinde erweitern.

MUCKENDORF-WIPFING / Mag. Robert Reb, Gertraud Benoit und Monika Grätzer stellen im Gemeinderat die „Grünen Muckendorf-Wipfing“ im Leben. Tatkraftige Unterstützung bei der Ortsgruppenauswahl gab es von Fraktionsleiterin Mag. Brigid Weininger und Bezirksrätin Mag. Johanna Scholz.

„Man kann überall Umweltbewusstsein sehen, wenn

sich gleich in seiner natürlichen Umgebung“, erklärt Ortsgruppenleiter Robert Reb seine Motivation. Bei der nächsten Kommunalwahl sieht er außerdem nicht schaden, ein politisches Spektrum in der Gemeinde zu erweitern.

Über das Ziel ist dabei auch der Umgang in der Gemeinderat. Weitere Infos unter: 02242/72100.

Blütenweiße Werbung für schwarze Schafe

Die derzeitige Situation in Niederösterreich ist keine rosige, sondern eine schwarze.

Ein schwarzer Landespatron beaufsichtigt seine schwarzen Bezirkshauptleute und seine schwarzen Bürgermeister.

Nur ein paar rote Gemeinden trüben die Allmacht in Niederösterreich. Eine perfekte Werbelinie soll darüber hinweg täuschen, dass brennende Probleme ignoriert werden oder in die weite Zukunft geschoben werden.

Transit, Wasser, Lebensqualität oder Altlasten werden schön geredet und als Schlagwörter stehengelassen.

Auch Gesetze helfen da nicht weiter, wenn sie vom Land gemacht sind und dazu dienen patriarchisches Verhalten zu legitimieren. Das niederösterreichische Naturschutzgesetz räumt nicht einmal der Umweltschutzpartei eine Beteiligung ein. Bei gesetzlich verankerten Bürgerbeteiligungen wird generell gespart, um nicht die arme Wirtschaft zu gefährden.

Leider gibt es diese Bürgernähe, von der immer gesprochen wird, nur in Ansätzen. Wenn ein wichtiges Straßenprojekt durchgezogen oder ein Hochwasserkandal verheimlicht werden soll oder ein Kahlschlag geplant ist, wird oft der Weg des geringsten Widerstandes gegangen. Es sollen keine schlafenden Hunde geweckt werden heißt es dann im Gemeindegargon, was im Klartext bedeutet: Nur nicht zuviel Information an die Bevölkerung. Wer sich trotzdem rührt, gilt dann als Querulant.

Wir sind die Wähler - und wir bestimmen die Qualität unserer Demokratie.

Es gibt Grundwerte, die die Politik sichern sollte. Aber nicht weil wir alle so nett sind und uns die Politiker so gern haben, sondern weil wir für unsere Lebensqualität bezahlen. Nur ein paar Beispiele seien genannt wo die Landesarbeit versagt:

⇒ In den Altenheimen sterben die Leute durchschnittlich in den ersten zwei Jahren, weil persönliche Zuwendung als nicht leistbar gilt. Das Pflegepersonal ist überlastet und weiteres wird nicht eingestellt.

⇒ Spritzmittel der traditionellen Landwirtschaft haben unsere Böden versalzen und beschern uns hohe Nitratwerte im Trinkwasser. Aber es gibt keine zinslosen Landesdarlehen, um den Umstieg auf die biologische Landwirtschaft zu erleichtern.

⇒ Anstatt den öffentlichen Verkehr zu fördern, wird er immer teurer und die Intervalle länger.

Die Politik ist entgleist, aber es hat keinen Sinn zuzusehen und sich zu ärgern.

Es ist besser sich zu engagieren; denn wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.



Mag. Ulli Fischer
Bezirkssprecherin, Gemeinderätin
in St. Andrä-Wördern

Als Jugendliche habe ich zum ersten Mal erfahren, wie es ist, wenn die Natur durch ein Großprojekt unwiederbringlich zerstört wird und es zu wenig ist, zu leiden und zuzusehen. In nur einem Jahr wurde unsere Au abgeholzt und das Kraftwerk Greifenstein hingestellt, ohne die dort ansässige Bevölkerung miteinzubeziehen.

Wenn ich heute von Misshandlungen an Natur, Menschen oder Tieren höre, dann setze ich mich dafür ein, dass dieses Unrecht aufhört. Seit fast drei Jahren bin ich Gemeinderätin, weil ich so besser an Informationen komme und Anträge direkt einbringen kann. Manchmal kann ich eine Gesinnung ändern, einen Kompromiss erzielen oder mit anderen etwas Produktives aushandeln.

Seit wir Grünen im Gemeinderat sind hat sich zum Beispiel das Abstimmungsverhalten der Gemeinderäte positiv geändert; sie stimmen

mehr sachbezogen und nicht mehr nur parteibezogen und en-block ab. Je stärker sich daher die Bevölkerung einbringt, Stellungnahmen zu Flächenwidmungsplänen abgibt, den Patientenanwalt einschaltet, bei Umweltsünden die Umweltschutzbehörde kontaktiert oder Eingaben gegen die Bauordnung macht, desto eher wird unsere Demokratie wieder lebendig und die Bevölkerung ernstgenommen. Wecken wir unseren Bezirk auf und zeigen wir Zivilcourage.

Kontrolle braucht Macht und dafür bedarf es einer starken Opposition.

Ich möchte als grüne Bezirkssprecherin helfen einen Kontrapunkt in Niederösterreich zu bilden und Sie können das mit Ihrer Stimme auch tun. Die Zukunft beginnt jetzt. Ein Votum für Schwarz oder Rot in Niederösterreich bedeutet allerdings alles bleibt beim Alten. Ein paar Beispiele zu unserer fehlgeleiteten Landespolitik, die mir im Gedächtnis geblieben sind:

⇒ Anstatt die biologische Landwirtschaft zu fördern, hat der niederösterreichische Landtag anlässlich des Fleischskandals beschlossen, 7,3 Mio Euro an die Agrarmarkt Austria zu spenden, um den Fleischkonsum wieder anzukurbeln.

⇒ Die Grundwassersanierung in einigen Teilen von Niederösterreich (z. B. Tullner Feld) ist längst überfällig, da unsere Werte deutlich über der WHO-Empfehlung für gesundes Wasser liegen. Auch hier hat es bisher nur eine Werbeaktion gegeben, wie gesund unser Wasser sei.

⇒ Ignoranz zeigt sich auch gegenüber den künftigen Problemen Niederösterreichs als Transitland; durch die Ablehnung grüner Resolutionen zur Querfinanzierung der Schiene aus der Lkw-Maut.

Da die Grünen aus Bürgerinitiativen entstanden sind und nicht von Lobbys gesponsert werden, haben wir uns unsere Unabhängigkeit bewahrt. Während bei den Großparteien viel Geld im Umlauf ist, arbeiten für die Grünen hauptsächlich ehrenamtliche Idealisten. Unsere Grundthemen könnte man auch unter Lebensqualität zusammenfassen.

Geben Sie der Grünbewegung eine Chance und helfen Sie mit, die ökologische Lebensqualität in Niederösterreich zu gestalten, indem Sie uns am 30.3.2003 unterstützen.

Rodung in Hadersfeld

Bürgerversammlung bitte warten

Bäume sind in mehrfacher Weise wertvolle Pflanzen. Sie speichern das Wasser, befestigen mit ihren Wurzeln die Erde und bieten Kühle und Schatten. Bäume sind aber auch ein Investment, das periodisch abgeschöpft werden muss.

Bäume sind aber auch eine Gefahr. Wenn die Äste morsch werden, können sie alles, was darunter steht, liegen bzw. sich bewegt gefährden. Befinden sich Bäume entlang einer steilen Straße, und hat der Wind schon einmal ein paar Äste geknickt, so ist für die Verteidiger des Investments die Zeit der Ernte gekommen. Und wenn schon geerntet werden muss, so doch gleich komplett, damit es sich auch auszahlt.

So soll es auch entlang der Landesstraße zwischen Greifenstein und Hadersfeld speziell im steilen oberen Bereich passieren. Ein 20 m breiter Streifen beiderseits der Straße soll baumfrei werden.

Da freut sich das Herz des Waldbesitzers, kann er doch eine Waldnutzung durchführen, obwohl es der Bannwaldstatus sonst kaum ermöglichen würde. Zukünftig wird sich auch eine Baufirma freuen können. Denn spätestens, wenn die Wurzelstöcke der abgeholzten Bäume halbwegs vermodert sind, wird sich der

Flyschhang in Bewegung setzen und bauliche Maßnahmen zur Strassenbefestigung erforderlich machen.

Der Wald entlang der Straße zwischen Greifenstein und Hadersfeld ist als Bannwald gewidmet (d. h. der Wald dient vor allem dem Personenschutz bzw. in diesem Fall natürlich auch dem Schutz der Straße und bietet Schutz vor Hangrutschungen etc.). Innerhalb der Bannwaldwidmung sind Komplett-Rodungen eine eher unübliche Vorgangsweise - doch im gegenständlichen Fall liegt eine entsprechende landesbehördliche Bewilligung bereits vor.

Begründungen...

Begründet wird die Rodung damit, dass die Bäume aufgrund ihrer flachen Wurzeln und des Eigengewichtes eine Hangrutschung bewirken können.

Ob Buchen – und um selbige handelt es sich hier – Flachwurzler sind? Hier hat die Wissenschaft eine eindeutige Antwort gefunden, sie sind es nicht. Dass einige Bäume morsche Äste haben ist unbestritten. Ob jedoch eine breite Schneise die Windschäden zukünftig hintanhaltend können wird, ist sehr zu bezweifeln. Je breiter, speziell in einem Steilhanggelände, eine Schneise geschlagen wird, desto besser können Windböen angreifen und den bislang kompakten Baumbestand schädigen.

Dies ist auch in unmittelbarer Nähe entlang der Straße von Hadersfeld nach Klosterneuburg bereits zu sehen, wo eine ähnliche Komplettrodung vor Jahren realisiert wurde. Die Devise der Maximierung der Erträge hat dort zu einer breiten Schneise geführt, die bereits zahlreiche Windwürfe nach sich gezogen hat - sohin erst recht keine Erhöhung der Verkehrssicherheit - der Wind legt die Bäume ganz entgegen der Straßenverkehrsordnung ins Gelände.

Langfristig handelt man sich mit derartigen Waldbaumethoden aber bedeutend grössere Probleme respektive ein finanzielles Debakel ein. Kommt es zu weiteren Wind-

würfen und später einmal zu Hangrutschungen bzw. gar Muren müsste die Straße längerfristig gesperrt werden, von den Sanierungskosten ganz zu schweigen. Stattdessen würde folgende Vorgangsweise den Interessen der Straßen- und Wegbenutzer aber auch der Walderhaltung weit mehr dienlich sein als eine plumpe 20 m Schneise beiderseits der Straße:

- ⇒ Morsche, alte Bäume werden geschlägert.
- ⇒ Nutzung erfolgt in Einzelstammweise.
- ⇒ Zukunfts-Baum-Anzeige (d.h. junge Bäume, die in Zukunft die Schutzfunktionen übernehmen sollen, sind entsprechend auszuzeichnen und zu schützen. Geschlägert werden nur jene Bäume, die die Zukunfts-Bäume im Kronenbereich bedrängen.)
- ⇒ Die Naturverjüngung ist zu fördern!
- ⇒ Der Boden ist Flysch und extrem steil, daher höchst anfällig für Bodenerosion. Dies wiederum bedeutet, dass auch bereits teilweise ausgeschwemmte Baumwurzeln im Bereich oberhalb der Straße stehen bleiben sollten. Ansonsten verrottet der Wurzelstamm in einigen Jahren und es entstehen durch Ausschwemmung sogenannte Bläiken. Vermurungen, Hangrutschungen etc. sind zu befürchten.
- ⇒ In flacherem Terrain sind die Schlägerungen so auszuführen, dass ein Trauf entsteht (= Abstufung Sträucher, niedrige Bäume, hohe Bäume als Windschutz)

Das Land Niederösterreich hat zwar für die Gemeinderäte eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Dort wurden auch obig angeführte Argumente sehr zum Erstaunen der Schlägerungsbetreiber von den Grünen vorgebracht. Dem Wunsch nach einer öffentlichen Veranstaltung, also auch für jene, die diese Straße täglich nutzen, für jene, denen unten im Tal an einer stabilen Hanglage gelegen sein muss, wurde zwar zugestimmt, doch mit der Terminrealisierung hapert es schon seit Wochen. Man will von Landesseite einfach keinen Termin bekannt geben. Wir hoffen einmal, dass dahinter nicht System steckt.

Ihre
Barbara Schneider-Resl
(Hadersfeld)



Ihre Meinung interessiert uns!
Schreiben Sie uns:

Die Grünen St. Andrä-Wördern,
Hauptstraße 101, 3423 Hintersdorf
E-mail:

ulli.fischer@gmx.at
erich.rothmeier@aon.at



Eine Landpartie

„Niederösterreich ist schön“.

Das Plakat steht bereits an vielen Ecken in Orten und auch mitten im Feld. Schöne Farbfotos von historischen Bauten, Landschaften und auf der Rückseite „Viel Spaß im Fasching“.

So ein Plakat soll Wirkung zeigen. Zwischen Betrachter und dem Bildern soll Übereinstimmung geschaffen werden. So sagt es die Werbeindustrie

Ja, Niederösterreich ist ein schönes Land – wenngleich nicht überall, aber doch an vielen Ecken, Winkeln und Gegenden. Doch irgendwas fehlt auf dem Plakat ganz offensichtlich. Wie bereits Berthold Brecht mutig fragte: Wer hat dies alles geschaffen? Nicht der Landeshauptmann, nicht die Landes-ÖVP, nicht der Bischof von St. Pölten!

Den ÖVP-Plakaten fehlt der objektive Blick. Wo sind die ausgeräumten Ortskerne zu sehen, wo die leeren Geschäfte der Nahversorgung, die die Supermärkte an den Ortsrändern auf dem Gewissen haben?

Wo sind die Bilder der Einkaufszentren, die landauf landab wie die Schwammerln aus dem Boden schießen und allesamt keine passende öffentliche Verkehrsanbindung aufweisen?

Wo sind die Bilder der Altlasten, an denen Niederösterreich leider auch reich ist?

Wo sind die stillgelegten Nahverkehrslinien und ihre funktionslosen Haltestellen zu sehen? Wo ist zu sehen, wie Niederösterreich sein Klimaschutzziel erreichen wird? Wo sind die Bilder der Orte, die durch PKW- und LKW-Verkehr ihrer Lebensqualität beraubt wurden? Freie Fahrt für freie Bürger oder Nachhaltigkeit.

Niederösterreich ist schön- komm fahr drüber.

Die Landes-ÖVP und deren Werbefirmen wissen, wie man Stimmung macht. Ein Wahlkampf auf-

gezogen wie eine Fremdenverkehrswerbung. Das mag für den Fremdenverkehr vielleicht genug sein, für eine Landtagswahl reicht das allemal noch nicht.

Die WählerInnen haben sich auch ein ehrliches Wort verdient.

Die Wahrheit ist den WählerInnen zumutbar!

Hierzu sei beispielhaft angeführt:

⇨ Niederösterreich ist noch lange nicht auf dem Weg zu Nachhaltigkeit. Landesrat Sobotka rühmt sich neben dem Land selbst ca. 200 Klimabündnisgemeinden erworben zu haben. Was er verschweigt ist aber nicht unbedeutend: Kaum eine Klimabündnisgemeinde verfügt über eine Bilanz ihrer klimaschädlichen Emissionen, geschweige eine Strategie zu Erreichung des ambitionierten Ziels, die Treibhausgasemissionen bis 2010 um 50% zu reduzieren.

Die Budgetisten nennen das Soll-Ist-Vergleich. Im Umweltbericht des Landes ist hiervon nichts zu lesen.

Nicht einmal das Land Niederösterreich selbst hat einen Hauch von Plan, wie eine Trendumkehr erreicht werden kann. Jede Klimabündnisgemeinde bekommt eine Startförderung (u.a. fürs Taferl an der Ortseinfahrt), muss aber dann weiter nichts mehr tun.

Symbolische Umweltpolitik lautet die Devise. Klimaschutz wird so zur fast ausschließlichen Spielweise von Kindergärten und Volksschulen. Land und Gemeinde loben artig.

Im weiteren politischen Tagesgeschäft kommt der Klimaschutz dann nicht mehr vor. Welch eine Verhöhnung von Engagement!



Franz Meister

⇨ Niederösterreich muss sich öffnen. Die EU-Erweiterung steht vor der Tür, aber in den Köpfen der Leute besteht der Eiserne Vorhang weiter. Kooperationen über die Grenze hinweg scheitern vielfach an den Grenzen im Kopf.

⇨ Das ORF-Landesstudio Niederösterreich ist fest in Schwarzer Hand. Die Printmedien beherrschen Bischof und Raiffeisen. In fast jeder Sendung tritt Erwin Pröll auf. Einmal als Wortspender für banale Sinnsprüche. Dann wieder einmal mit dem „Familie-Niederösterreich-Besorgnisblick“ oder gar als leutseliger Politiker, der das gute Tröpfel schätzt. Landespolitiker opfern ihre Leber dem Landeswohl.

Andere Stimmen aus Niederösterreich sind nicht zugelassen. Das, was in Niederösterreich schon geschafft wurde, geht in der ORF-Zentrale gerade über die

Bühne: Wer bei ÖVP-Ministern durch kritische Berichte „schlecht“ auffällt, wird gefeuert bzw. versetzt. Die Leute wollen schöne Bilder sehen!

⇨ Landeshauptmann/Landesfürst: Die Realverfassung des Landes ist bis dato eindeutig: Die ÖVP hat lt. Landtagswahl 1998 45% der Stimmen und die relative Mehrheit im Landtag, beherrscht aber mehr als 75% der politischen Einflussbereiche (Bezirkshauptmannschaften, Landeslehrer, Landesbeamte, Wohnbaugenossenschaften etc.). Erwin Pröll kann nicht genug bekommen.

Ob dies so bleiben muss, entscheidet auch die Landtagswahl, entscheidet der Wähler. Niederösterreich soll immer allen gefallen können.

**Franz Meister
(St. Andrä-Wördern)**

Die Tullner Grünen im Internet:

<http://www.tulln-gruene.at>

Änderungen bei den Grünen

Veränderung im Gemeinderat von Tulln und der Bezirksorganisation

Ende des vergangenen Jahres gab es bei den Tullner Grünen einen Wechsel im Gemeinderat: Mag. Johannes Scholz gönnt sich nach acht Jahren Tätigkeit im Gemeinderat eine politische Auszeit und trat als Gemeinderat und als Bezirks-sprecher zurück. Er wird aber weiterhin bei wichtigen Grün-Projekten mitarbeiten.

Unter seiner Führung gelang dem Ökologischen Bürgerforum (Vorläufer der heutigen Tullner Grünen) 1995 der erstmalige Einzug in den Tullner Gemeinderat. Seither war er die meiste Zeit als Fraktionsobmann tätig, leitete die Stadtpartei und etablierte die Grünen als politische Kraft in Tulln. Darüber hinaus war er einige Jahre Sprecher der Grünen im Bezirk und Obmann des Gemeindevertreterverbands der nÖ. Grünen.

Seine Nachfolgerin im Tullner Gemeinderat ist Sabine Gabriel, deren Vorstellung sie nebenan lesen können. Somit sind die Grünen mit 2 Frauen und einem Mann die einzige Fraktion, die mehr Frauen als Männer in den Gemeinderat entsendet. (FPÖ: 1 Frau bei 4 Abgeordneten, SPÖ 1 aus 9 !!!!, ÖVP: 4 aus 21).

Die Grünen in Tulln stellen derzeit (noch) kein Mitglied im Stadtrat, da die Anzahl der Stadträte nach der letzten Gemeinderatswahl von 12 auf 11 verringert wurde (sonst hätten wir das Recht auf einen Stadtrat/in gehabt).

Aus diesem Grund sind wir auch in den jeweiligen Ausschüssen nur Zuhörer ohne Stimm- und Rederecht. Weiters sind wir dadurch vom Kontrollausschuß ausgeschlossen und dürfen auch nicht an den Sitzungen des Stadtrats teilnehmen.

Die 11 Ausschüsse werden von den Tullner Grünen nach dem Wechsel im Gemeinderat folgendermaßen besetzt:

- Bau-, Planungs- u. Siedlungsausschuß: **Liane Marecsek**
- Familien- u. Erholungsausschuß: **Sabine Gabriel**
- Finanz- u. Personalausschuß: **Mag. Rainer Patzl**
- Fremdenverkehrsausschuß: **Sabine Gabriel**
- Kanal- u. Wasserleitungsausschuß: **Liane Marecsek**
- Ausschuß für Öffentliche Einrichtungen: **Sabine Gabriel**
- Ausschuß für Öffentl. Ordnung u. Sicherheit: **Mag. Rainer Patzl**
- Schul-, Jugend- u. Kulturausschuß: **Sabine Gabriel**
- Sport- und Freizeitausschuß: **Mag. Rainer Patzl**
- Umwelt-, Gesundheit u. Agrarausschuß: **Liane Marecsek**
- Wohnungs- u. Sozialausschuß: **Liane Marecsek**



Grⁿ Sabine Gabriel

Bewusst -SEIN

Mein Name ist Sabine Gabriel - ich bin die neue Gemeinderätin der GRÜNEN in Tulln.

In dieser Funktion werde ich mich besonders für Familienpolitik und für eine gesunde Umwelt einsetzen.

Während meiner beruflichen Tätigkeit im Sozialbereich ist mir immer mehr bewusst geworden, wie wichtig die kleinste Zelle des Staates - die Familie - ist.

Obwohl meist für die bestmögliche Betreuung gesorgt wird, sind doch die Eltern für das heranwachsende Kind die wichtigsten Bezugspersonen.

Der Wiedereinstieg in den Beruf und die Möglichkeit flexibler Arbeitszeiten ist für die jungen Eltern von großer Bedeutung, denn in den ersten Jahren sind die Bedürfnisse des Kindes vorrangig.

Auch während meiner Jahre als Alleinerzieherin war es mir eine große Beruhigung, mein Kind nach der Schule gut untergebracht zu wissen.

Ausreichende Freiräume in der Natur und in den Wohnbereichen - diese Lebensbedingungen sind für unsere Kinder sehr wichtig.

Und daher sollten wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, dem gerecht zu werden.

Sabine Gabriel

Die meisten
schönen Schuhe sind
nette kleine
Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Sie werden sehen: Unsere Auswahl hat Hand und Fuß.

GEA
GehenSitztenLiegen

seit 8 Jahren in Tulln

3430 Tulln, Frauentorgasse 9, Tel. : 02272/66701



Neue Bezirkssprecherin wurde die Gemeinderätin der Grünen Mag^a. Ulli Fischer aus St. Andrä-Wördern. Hier bei der Übergabe mit Mag. Johannes Scholz

Die Tullner Grünen im Internet:

<http://www.tulln-gruene.at>



Unter der Lupe!

1. Was der Selbstbehalt für die Menschen bringt oder wohin der Staat das Schiff „Gesundheit“ steuert.

Mit der Einführung des Selbstbehaltes für medizinische Leistungen beginnt ein trauriges Kapitel des Gesundheitssystems.

Ob Sie ein gebrochenes Bein haben, eine dringende Operation vor sich haben, an einer Allergie leiden oder an einen grippalen Infekt, für alles müssen Sie in Zukunft zahlen.

Gerade die Vorsorgeuntersuchungen und die präventive Medizin haben zur Früherkennung und zur erfolgreichen Behandlung von Krankheiten beigetragen. Hautveränderungen, Knotenbildungen werden möglicherweise nicht mehr beachtet.

Was nützt es, wenn das Geld in teure technische Geräte und in die medizinische Forschung investiert wird, wenn die Erkennung von Krankheiten zu spät erfolgt. Hier wird am falschen Fleck gespart.

Der Selbstbehalt geht auf Kosten der Volksgesundheit. Gerade die weniger verdienenden Menschen deren Gesundheitszustand erwiesenermaßen eher schlechter ist, werden nicht mehr zum Arzt gehen, weil sie es sich nicht mehr leisten können. Und das ist kontraproduktiv meint dazu Ihre

Grⁿ Liane Marecsek

Alte Last – Mülldeponie Tulln

Aus den Augen aus dem Sinn!? – Spät rächt sich umweltpolitische Sorglosigkeit - Ehemalige Tullner Deponie stellt Umweltgefährdung dar - Sanierung dringend geboten

NÖ - ein schönes Stück Österreich - das gilt zumindest nicht für die ehemalige Mülldeponie der Stadt Tulln. Diese wurde noch im Winter 2002 vom Umweltbundesamt als sanierungspflichtige Altlast beurteilt.

Altlast

So lautet der Begriff für einen riesigen Haufen Müll, der einfach in die Gegend gekippt und irgendwann mit Erde abgedeckt und von den Verantwortlichen unter „hoffentlich geht das gut“ abgelegt wurde. Die einstige Mülldeponie Tullns liegt 2 km nördlich des Stadtzentrums im linksufrigen Auegebiet der Donau.

Zwischen 1972 bis 1984 wurde eine ehemalige Schottergrube ohne jegliche Abdichtung zum Grundwasser mit ca. 200.000 m³ unsortiertem Hausmüll, Sperrmüll (Kühlschränke, etc.), Bauschutt, Kalk, Krankenhausabfällen und auch Autowracks gefüllt.

Die Folge: Das Grundwasser ist belastet, ein nächstes Hochwasser könnte den Umweltschaden nur noch vergrößern.

Bereits vor 10 Jahren wurde die Deponie als Verdachtsfläche (N 49) im Altlastenkataster des Umweltbundesamtes eingetragen. Im letzten Bericht des UBA vom Mai 2002 wird das Schadstoffpotential als hoch, die Schadstoffausbreitung begrenzt und das Grundwasser als eingeschränkt nutzbar ausgewiesen.

Zwischen 1992 und 2002 wurde gewartet, und letztlich beprobt. Nun liegt das Ergebnis vor. Die Verursacher haben für eine Sanierung der Altlast Sorge zu tragen. Jetzt ist es amtlich, was wohl schon lange bekannt war, aber nicht wahrgenommen werden wollte. Die Sohle der Deponie befindet sich im Schwankungsbereich des Grundwassers - bei Normalwas-

erstand. Bei Hochwasser geht die Deponie aber baden.

Hochwässer in Zukunft nicht auszuschließen

Klimatologen befürchten, dass derartige Wetterkapriolen, wie sie das Herbsthochwasser 2002 dargestellt haben, in Zukunft immer häufiger eintreten könnten.

Es muss zwar nicht immer im Waldviertel stark regnen, aber geschieht dies irgendwo westlich von Tulln, so wird die Donau sicher wieder stark anschwellen und das nördliche Auegebiet wird massiv überschwemmt werden – inklusive der Deponie.

Mag sich auch augenscheinlich der Hochwasserstand donauabwärts bewegt haben - die hohen Grundwasserstände bleiben uns noch lange erhalten (wovon die Gemeindebürger entlang des Wagrams auch heute noch ein Lied singen können).

Das Grundwasser dringt jetzt in Bereiche vor, in denen es noch nie war. Auf öffentliche Fragen der Grünen gab sogar Gesundheitsstadtrat Eisenschenk zu, dass bei Messungen der Grundwasserspiegel unter der Deponie bereits um etwa eineinhalb Meter gestiegen ist. Damit liegen aber jetzt die sonst trockenen Bereiche im Grundwasser und es werden Giftstoffe aus der Deponie ausgespült. Und nachdem niemand weiß, wie sich zur Zeit der Grundwasserspiegel bewegt, weiß auch kein Mensch irgendetwas Genaues. Hier nun zu beschwichtigen, es sei alles im Lot, ist mehr als kühn.

Nicht allzu weit liegt das Trinkwasserpumpwerk der Stadt Tulln. Dieses sollte eigentlich bereits ans Leitungsnetz angeschlossen sein. Es ist zu hoffen, dass das kontami-

nierte Grundwasser weiß, wohin es fließen soll. Dort wo die Giftbrühe derzeit ist, ist eine Trinkwassernutzung jedoch kategorisch auszuschließen.

Erwähnenswert ist jedoch, dass ein 1993 bereits ausgearbeitetes Sicherungsprojekt wegen angeblich zu hoher Kosten wieder ad acta gelegt wurde. Nun besteht Sanierungspflicht, zu der man stehen sollte, will man auch nur ansatzweise zum Verursacherprinzip stehen. Daher fordern wir die Stadtgemeinde und die Landesregierung auf, JETZT aktiv gegen die mögliche Gefährdung des Grundwassers tätig zu werden. Jetzt ist es noch nicht zu spät.

Bund fördert Sicherung von Altlasten

Sanierung muss sein und je länger man weiter untätig warten will, desto teurer könnte es kommen. Es gibt zwar bescheidene Förderungen von Bund und Land, doch wurden ja auch ehemals Einnahmen lukriert. Der Verursacher steht fest. Kosten wird der sorglose Umgang mit Müll aus der jüngeren Vergangenheit sicher nicht wenig. Ersparen kann man sich so eine Ausgabe aber nicht.

Worauf sollen wir noch warten? Bis die Null-Defizit-Befürworter das nächste Sparpotential entdecken und die Förderungen kürzen?

Eine Reihe von anderen Gemeinden (teilweise weniger begütert als Tulln) haben ihre Deponien schon gesichert, nun ist Tulln dran. Denn mit Verantwortung regieren heißt auch nicht abwarten bis der Hut endgültig brennt, sondern rechtzeitig etwas unternehmen. Vorsorgen heißt die Deponie sichern. JETZT. SOFORT.

Landeshauptmann Pröll propagierte vor gar nicht allzu langer Zeit medienwirksam etwas von „Wasserschutz in die Landesverfassung“, - die sogenannte „Wassercharta“.

Bürgermeister Stift braucht nicht zu warten, bis Allgemeinplätze und sowieso bundesgesetzliche Regelungen in der Landesverfassung stehen werden. Die Mehrheitsfraktion soll zu dem stehen, was sie politisch zu verantworten hat: Die Rechnung für den sorglosen Umgang mit unserer Umwelt, hat letztlich die Allgemeinheit zu bezahlen.

Liane Marecsek

Alle Vögelein sind schon da?

Die 15.000 Euro Frage bei der Millionenshow könnte lauten: Beim Weißen Waldvögelein handelt es sich um



- a) einen Singvogel
- b) einen Schmetterling
- c) eine Waldorchidee
- d) einen Speisepilz

... und hätten Sie es gewusst?

Das Weiße Waldvögelein ist eine heimische Orchideenart der Laub- und Mischwälder. Die cremefarbenen Blüten kann man im Mai bewundern.

Die meisten Leute kennen Orchideen nur aus Gärtnereien und Blumenläden. Großblütig und farbenprächtigt sind die Züchtungen, bizarr die Pflanzenformen und Blütenwunder aus den fernen Ländern. Nicht so prunkvoll und auffällig wie die tropischen Vertreter dieser Familie zeigen sich hingegen die Orchideen unserer Breiten. Sie gehören jedoch zu den schönsten und seltensten Blütenpflanzen der heimischen Flora.

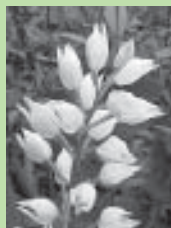
Alle Orchideen gehören zu den gesetzlich gänzlich geschützten Pflanzen. Es ist verboten, wildwachsende Orchideen auszugraben, auszureißen, abzupflücken oder in den Handel zu bringen. Ebenso ist jede absichtliche Veränderung oder Zerstörung des Standortes geschützter Pflanzen verboten.

Trotzdem gehen die Bestände zurück. Allzuoft trägt dafür der Mensch die Verantwortung, indem er die Lebensräume unserer Orchideen nachhaltig verändert oder zerstört. Um so überraschen-

der und erfreulicher ist es daher, dass sich im intensiv landwirtschaftlich genutzten Tullnerfeld das weiße Waldvögelein ansiedeln konnte. Auf einer zur Zeit nicht mehr genutzten Baumschulfläche gibt es einen sehr schönen Bestand dieser Waldorchideenart.

Auch wenn Waldorchideen noch relativ häufig sind, sollte man sich im Klaren darüber sein, dass auch diese ständig weniger werden. Neue Standorte entstehen praktisch nicht, alte werden schlechter oder verschwinden.

Als nun im Zuge des neuen Flächenwidmungsplans just diese Fläche als künftiges Betriebsgebiet ausgewiesen wurde, schrillten bei den Grünen Tulln alle Alarmglocken. Eine Stellungnahme zum Flächenwidmungsplan und ein entsprechender Antrag im Gemeinderat folgten. Zum Glück hatte die kleine Blume bald alle Sympathien auf ihrer Seite und der Antrag der Grünen wurde angenommen!



Dieser beinhaltet:

Während der kommenden Vegetationsperiode 2003 soll der Bestand der Gattung **Cephalanthera damasonium (Weißes Waldvögelein)** durch fachlich geeignete Organe der NÖ-Landesregierung überprüft werden.

Bis zu dieser Überprüfung soll der Standort durch eine zeitlich befristete Verordnung des Bürgermeisters in seinem Bestand geschützt werden, so dass Veränderungen daran hintangehalten werden können.

Sonja Ledersberger

Wenn der Baum fällt (fehlt), ...

Geht es Ihnen auch so wie mir? Jahrelang geht man durch die gleiche Straße und alles erscheint einem vertraut, doch eines Tages wirkt sie irgendwie fremd und ungaslich. Was ist passiert?

Die Bäume wurden gefällt und der Straßenraum macht nun einen kahlen, unfreundlichen Eindruck.

Genauso erging es mir letzten November am Alten Ziegelweg. Schöne, große Föhren entlang der Straße wurden gefällt, da am angrenzenden Grundstück ein neuer Wohnblock errichtet wird. Beim Ausheben der tiefen Baugrube waren die Wurzeln der Föhren gekappt worden und nun war das Entfernen der Bäume unumgänglich.

Natürlich gab es verärgerte Stimmen aus der Bevölkerung (die NÖN berichtete darüber) und natürlich wurde von Seiten der Stadtverantwortlichen auf die Notwendigkeit der Schlägerung hingewiesen und eine Neupflanzung in Aussicht gestellt.

Nach dem Motto: Wozu die Aufregung? Es ist ja nichts passiert. Ganz so sehe ich das aber nicht. Es dauert Jahrzehnte bis aus einem armdünnen Stämmchen ein Baum geworden ist, der diesen Namen auch verdient.

Große, alte Bäume erscheinen uns schön und ehrwürdig und sie gilt es zu erhalten! In der „baumfreundlichsten Gemeinde Niederöster-



Sonja Ledersberger

reichs“ (Tulln wurde zweimal ausgezeichnet) sollte es selbstverständlich sein, bestehende Baumbestände bei der Planung von Bauvorhaben zu berücksichtigen, damit unnötige Schlägerungen vermieden werden.

Und noch etwas ist mir in diesem Zusammenhang aufgefallen.

Die Grünen sind meist die Ersten, die hinzugerufen werden, wenn wieder einmal ein Baum fehlt. Schließlich wird den Grünen im Umweltbereich ja große Kompetenz bescheinigt. Aber ein ökologisches Umdenken wird nicht durch die Rettung einzelner Bäume zu erreichen sein.

Viel mehr tut hier ein Aufbrechen von einzementierten, schwarzen Mehrheiten in Land und Gemeinde Not! Und genau darüber werden nun Sie entscheiden müssen, z.B. schon demnächst, bei der Landtagswahl

Sonja Ledersberger

Kommen Sie zu uns, sprechen sie mit uns:

Grüner Stammtisch
jeden letzten Mittwoch im Monat
um 19:30 Uhr im Gasthaus „Goldenes Schiff“,
Wienerstrasse 10, 3430 Tulln.

E-mail: tulln@gruene.at

Web: <http://www.tulln-gruene.at>

welkamm

Erika Grüll Friseurmeisterin

Tulln City Passage



02272/82255

Di bis Fr 9 - 19, Sa 8 - 14 Uhr. Bitte anmelden

Die Liste im Bezirk Tulln:

Am 23.01.2003 fand in Altenberg die ordentliche Bezirksversammlung der Grünen des Bezirkes Tulln statt. Bei dieser wurde auch die grüne Bezirksliste gewählt.

Zur neuen Bezirkssprecherin wurde die grüne Gemeinderätin aus St. Andrä-Wördern Mag^a Ulli Fischer gewählt.

Die KandidatInnen:

Platz 1: Liane Marecsek, Tulln

Platz 2: Ulli Fischer, Altenberg

Platz 3: Rainer Patzl, Tulln

Platz 4: Melitta Danneder, Würmla

Platz 5: Sabine Gabriel, Tulln

Platz 6: Erika Simané, Tulln

Platz 7: Karl Baach, Tulln

Platz 8: Sonja Ledersberger, Tulln,

Platz 9: Elisabeth Beiter, Langenlebar,

Platz 10: Barbara Schneider-Resl, Hadersfeld

Platz 11: Robert Reb, Muckendorf

Platz 12: Fritz Feichtlbauer, Langenlebar

Platz 13: Erich Rothmeier, Hintersdorf

Platz 14: Hans Zickler, Tulln

Platz 15: Elisabeth Schneider, Tulln

Einladung Podiumsdiskussion zum Frühlingsbeginn:

Hat die biologische Landwirtschaft Zukunft?

Wie viel Bio ist genug? • Bioregionen oder ganzheitlicher Ansatz? • Bio als Chance für Österreichs Landwirtschaft? • Fairer Handel und faire Erzeugung • Klimaschutz – Ersatz fossiler Energieträger • Bündnis mit den Konsumenten verstärken? • Globalisierung, Osterweiterung und die Identität von Bioprodukten? • Zusammenarbeit mit Interessensvertretungen und herkömmlicher Landwirtschaft • Sind Kostenwahrheit und effiziente Kontrolle möglich? • Bio als Grundlage der Gesundheit

Freitag, 21.3.2003, 19 Uhr
Stadtsaalrestaurant –Clubsaal
3430 Tulln, Nußallee 6

mit
KR Josef Etzenberger (SPÖ)
Gerda Führich-Fiegl (EU-Kommission)
Josef Gugerell (Landwirt)
DI Dr. Thomas Lindenthal (Institut für biologischen Landbau, BOKU Wien)
Dr. Madeleine Petrovic (GRÜNE)
Mag. Alfons PIATTI (ARGE Biolandbau/Biobauer)
DI Alois Posch (Bundesministerium für Landwirtschaft)
Labg. Gottfried Waldhäusl (FPÖ)

Moderation:
Helmut Bohacek (Konsumentenschutz der Arbeiterkammer NÖ)

Martin Marecsek



Die Jugendlichen sind der Politik vollkommen egal.

Fragt uns jemand, ob wir die Studiengebühren gut finden? Kümmert sich jemand um uns, wenn wir arbeitslos sind? Fragt man uns überhaupt nach unserer Meinung?

Das muss sich ändern!

Ich möchte in Tulln eine Jugendgruppe gründen, um politische Themen miteinander und auch mit professionellen Menschen zu diskutieren.

Ihr habt die Möglichkeit eure Ideen und Wünsche allen mitzuteilen, darüber zu reden und Verbesserungen politisch zu fordern. Wir gestalten jetzt aktiv die Zukunft mit.

Falls du Interesse hast, dann komm am 25.03.2003 um 19:30
ins Gasthaus „Goldenes Schiff“, Wienerstr. 10, 3430 Tulln.

Grüne Jugend Tulln